

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

www.kas.de

Sorge tragen um die Zukunft – Erfahrungen eines Westdeutschen in Ostdeutschland

Meine sehr verehrten Damen und Herren!

Herzlichen Dank für die Einladung zum Colloquium politicum! Es bedeutet mir viel, hier heute Abend in der Universität Freiburg sprechen zu dürfen, der hochangesehenen, von den eigenen Studenten im jüngsten Ranking unter den nicht-technischen Universitäten auf dem 1. Platz hochgelobten, jüngeren Schwester meiner eigenen Alma mater.

Arnold Bergstraesser – einer der Pioniere der Politischen Wissenschaft im Nachkriegsdeutschland und Vater einer ungewöhnlich großen und zum Teil sehr bedeutsamen Schülerschaft, ich denke nur an Hans Maier, Alexander Schwan, selbstverständlich den fünfundsiebzigjährigen Dieter Oberndörfer, Hans-Peter Schwarz und natürlich Wolfgang Jäger – war in den zwanziger Jahren Assistent bei Alfred Weber in Heidelberg. Ich bin es auch gewesen, 25 Jahre später!

Unser Fach beschrieb Arnold Bergstraesser als eine „praktische Disziplin“. Für mich ist es tatsächlich zur Praxis geworden. Statt Lehrauftrag, Habilitation und vielleicht Professur 22 Jahre Landeskabinett von Rheinland-Pfalz, davon zwölf Jahre als Ministerpräsident. Elf Jahre und vier Monate Thüringer Ministerpräsident.

Dass ein und derselbe in zwei Ländern Ministerpräsident war, hat es vorher noch nicht gegeben und wird es so schnell nicht wieder geben. Mein Verdienst war es nicht. Es war die Folge einer einmaligen historischen Konstellation.

Am 23. Januar 1992, einem Donnerstag, trat Josef Duchac, der damalige Thüringer Ministerpräsident, zurück. Eine Reihe von Namen werden als Nachfolger ins Spiel gebracht, darunter auch meiner. Am Sonntag, 26. Januar, am späten Abend, bin ich mir in einem Telefongespräch mit dem Parteivorsitzenden Helmut Kohl einig, „nein“ zu sagen und die Konrad-Adenauer-Stiftung weiter zu führen. Am Montag ruft eine dralle bayerische Kellnerin in einem Münchner Wirtshaus mich gegen 13:00 Uhr ans Telefon. Der Bundeskanzler: Man müsse mich in Pflicht nehmen. Es sei sein und der anwesenden Thüringer CDU-Politiker Wunsch, dass ich stehenden Fußes nach Erfurt aufbreche. Vier Stunden später bin ich in Erfurt. Am 5. Februar 1992 wählt mich der Thüringer Landtag zum Ministerpräsidenten.

Ich kannte drei Thüringer mit Namen. Und weil ich es mir als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz zur Regel gemacht hatte, jedes Jahr eine Region der DDR zu bereisen, kannte ich, gut abgeschirmt von den Sicherheitskräften der DDR, die Wartburg, den Erfurter Dom, das Goethehaus in Weimar. Aber einen Industriebetrieb, eine Schule oder ein Krankenhaus hatte ich nie von innen gesehen. Ich hätte den Menschen nur Schwierigkeiten bereitet.

Das hat sich gründlich geändert: 52 Kreisbereisungen, Hunderte von Besuchen in Betrieben und sozialen Einrichtungen, 600 km zu Fuß auf zehn Wanderungen durch Thüringen haben dazu beigetragen.

„Sorge tragen um die Zukunft. Erfahrungen eines Westdeutschen in Ostdeutschland.“

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

Die Schwierigkeit ist heute nicht mehr, dass ich zu wenig weiß, sondern die Frage lautet: Worauf soll ich mich beschränken?

Ich bin nach Thüringen gegangen, weil man mich gerufen hat. Es wurde zum größten Abenteuer meines Lebens. Ich habe zu helfen versucht, ich habe meine westdeutsche Regierungserfahrung einzubringen versucht, aber ich war nie der Meinung, dass ich es besser wüsste. Ich habe versucht, auf die Menschen zuzugehen, und ich habe damit beste Erfahrungen gemacht – Erfahrungen, wie sie alle machen konnten, die sich tatsächlich auf die Menschen in den jungen Ländern eingelassen haben, wie sie jene nicht machen konnten, die nur eine Gastrolle spielten, die belehrend auftraten, die es besser wussten. Man hat mir meine westdeutsche Herkunft nicht ein einziges Mal zum Vorwurf gemacht.

Seit 1933 haben die Menschen im östlichen Teil Deutschlands unter den Bedingungen von zwei verschiedenartigen Diktaturen gelebt. Anders als im Westteil Deutschlands nach 1945 war im Osten Deutschlands 1989 niemand mehr da, der Erfahrungen aus einem frei gewählten Parlament mitbrachte oder in einer nach demokratischen Grundsätzen verfassten Partei Verantwortung getragen hatte. In Politik und Gesellschaft, in Gerichtsbarkeit und Verwaltung, aber auch im Alltag der Schulklassen und Betriebe musste die Demokratie neu Fuß fassen. In den Parlamenten und in den Regierungen finden Sie Physiker, Mathematiker, Programmierer, evangelische Theologen, Tierärzte. Juristen, Beamte, auch Lehrer gibt es kaum.

Lebensformen und Befindlichkeiten – wie sie sich in Jahrzehnten herausgebildet hatten – lassen sich nicht über Nacht ändern. Sie sind wesentlich differenzierter, erfahrungsgesättigter als manche im Westen meinen und verstehen. Das Erlebnis der Volkserhebung vom Herbst 1989, die friedliche Revolution, die Runden Tische haben geprägt.

Im Novembergrau des Jahres 2004 nimmt kaum einer wahr, wie viele wertvolle Erfahrungen die Menschen im Osten Deutschlands einbringen können, wofür man in Ost

und West wechselseitig dankbar sein sollte. Die Unzufriedenen, die Pessimisten, die Einheitsverdrossenen, die Neider geben den Ton an.

Wären wir nicht Deutsche, sollten wir uns gelegentlich eine Auszeit vom Klagen nehmen. Zum Stand der Dinge im Herbst 2004 gehört nicht nur das, was in diesen fünfzehn Jahren nicht gelungen ist, sondern auch das, was gelungen ist. Und das ist nicht wenig.

Als ich im Februar 1992 meine Arbeit in Erfurt aufnahm, standen allein in Thüringen noch 80.000 sowjetische Soldaten. Dass sie zum vereinbarten Termin, pünktlich und wohlgeordnet, aus Deutschland abgezogen sind, gehört zu den Wundern jener Jahre.

Der 9. November 1989 – ein politischer Amateur zieht zur falschen Zeit den falschen Zettel aus seiner Tasche – war ein historischer Tag. Er brachte das Ende der Teilung Deutschlands, das Ende von Mauer und Schießbefehl, das Ende der Spaltung Europas und der Welt, in seiner Folge zwei Jahre später das Ende der Sowjetunion, den friedlichen Abschied von der Ost-West-Konfrontation, eine Verschrottung riesiger Waffenarsenale und Vernichtungspotentiale.

Die DDR brach wie ein Kartenhaus zusammen. Es waren Deutsche, die das vollbracht haben – ohne Gewalt, mit Kerzen in den Händen und mit Gebeten auf den Lippen. Elf Monate später, am 3. Oktober 1990, war Deutschland in Frieden und Freiheit, in Übereinkunft mit allen seinen Nachbarn wiedervereinigt. Das Jahrhundertproblem, die „deutsche Frage“, gab es nicht mehr.

Das Erfreuliche, aber auch das Schwierige war: Die Wiedervereinigung kam über Nacht, schneller als es selbst die nachdrücklichsten Befürworter der deutschen Einheit je für möglich gehalten hatten. Niemand verfügte über einen Plan, was jetzt zu tun sei. Zeit zur Einsetzung von Kommissionen – die deutscheste aller deutschen Lösungen – gab es nicht. Das Ministerium für gesamtdeutsche Fragen war zur Zeit Willy Brandts in ein Ministerium für gesamtdeutsche Beziehungen umbenannt worden, ein Ministe-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

rium für gesamtdeutsche Antworten gab es nicht.

Rheinland-Pfalz, alle westdeutschen Länder hatten Zeit: Von der Kapitulation im Mai 1945, über das Entstehen der Länder bis zur Gründung der Bundesrepublik vergingen fast fünf Jahre. Thüringen und die anderen jungen Länder hatten keinen einzigen Tag Zeit.

1990 standen sie vor einem riesigen Berg von Schwierigkeiten aller Art. Jeder, der Erfurt oder Weimar damals besucht hat, kann das bezeugen. Und jeder, der heute dort wieder einen Besuch macht, wird auch bestätigen: Es sind enorme Fortschritte gemacht worden. Es ist viel erreicht, aber nicht alles. Das Glas ist halbvoll, nicht halb-leer.

Die Städte haben ein anderes Gesicht bekommen. Ganze Landstriche sind nicht wieder zu erkennen. 2007 findet auf dem einstmals völlig verseuchten Uranabbaugebiet der WISMUT in Ostthüringen eine Bundesgartenschau statt. Die Qualität von Luft und Wasser ist eine völlig andere. 1992 brannten in Erfurt noch 50.000 Brikettöfen, die Werra gehörte zu den am meisten verschmutzten Flüssen Europas.

Die Lebensbedingungen haben sich dramatisch verbessert. Die Einkommen, die zur Zeit der Wende weniger als die Hälfte der westdeutschen betragen, sind auf ein Niveau von gut 80 Prozent angestiegen. Die Vermögen haben sich in der ersten Hälfte der neunziger Jahre verdoppelt, betragen aber auch heute noch durchschnittlich nur ein Drittel der westdeutschen.

Inzwischen werden die Menschen im Osten so alt wie die im Westen. Die Lebenserwartung in den jungen Ländern ist bei Frauen und Männern innerhalb von nur zwölf Jahren um rund fünf Jahre gestiegen.

Die Infrastruktur hat sich fundamental verändert. Seit 1940 war auf dem Gebiet der DDR kein zusätzlicher Autobahnkilometer neu gebaut worden. Das Deutsche Museum in München fragte in der Thüringer Staatskanzlei an, ob es das Erfurter Telefonver-

mittlungssystem für Museumszwecke benutzen dürfe, es sei das älteste, das in Deutschland noch existiere. Heute neidet man Erfurt, dass wir über das modernste verfügen.

Bei der sozialen Infrastruktur gibt es große Fortschritte: Die Krankenhäuser, Behinderteneinrichtungen, Schulen und Kindergärten sind häufig moderner als die im Westen, weil es dringenden Modernisierungsbedarf gab und weil man verständlicherweise nicht in Standards von gestern, sondern in Standards von morgen investiert hat.

Das Ausmaß des ökonomischen Versagens der DDR ist von vielen auch deshalb ein Stück weit verdrängt worden, weil sich – im Gegensatz zu anderen Staaten des ehemaligen Ostblocks – viele Fortschritte relativ schnell eingestellt haben: 1991 lag die Wertschöpfung der ostdeutschen Wirtschaft bei 33 Prozent der westdeutschen, 2003 waren es 63 Prozent. Die Produktivität nahm bis 2000 um 30 Prozent zu. Allerdings liegt sie damit immer noch nur bei 68 Prozent des Westniveaus, und seit 1997 vergrößerte sich der Abstand zwischen Ost- und West wieder, statt sich weiter zu verkleinern.

Die Arbeit ist längst nicht getan. Bei Gott nicht! Es gibt Landschaften, die blühen – später als erwartet und nicht überall. Und es gibt riesige Probleme. Mit einer Arbeitslosigkeit von durchschnittlich 20 Prozent kann man sich nicht abfinden.

Heute gibt es viele, die es schon immer besser wussten: Die Wirtschafts- und Währungsunion im Juli 1990 war eine Grundentscheidung, von der viele Fachleute abgeraten hatten. Aber es war eine Entscheidung, bei der der Ruf „Kommt die D-Mark nicht nach hier, dann gehen wir zu ihr“ bedacht werden musste. In jenen Tagen sind Tausende Menschen mit Koffern in den Händen aus dem Eichsfeld im Thüringer Norden ins benachbarte, niedersächsische Duderstadt gepilgert. Das Signal war eindeutig: Wenn Ihr nicht schneller macht, wollen wir zu Niedersachsen!

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

Ende August 1990 ist der „Vertrag über die Herstellung der Einheit Deutschlands“ unterzeichnet worden. Nicht alle, aber die allermeisten Gesetze der alten Bundesrepublik wurden übernommen. Es waren mehr, als sich Wolfgang Schäuble gewünscht hat. Wenn heute, 15 Jahre später, mancher behauptet, man hätte besser nur jedes zweite Gesetz und jede dritte Verordnung übertragen, dann ist das zwar richtig, verrät aber völlige Unkenntnis über die Situation von 1990. Das Ausklammern von Gesetzen hätte bei den Menschen in der DDR ohnehin vorhandene Zweifel genährt: Geht es also doch nicht um vollständige Integration und Einheit? Wollt ihr uns doch nicht? Oder, um einen Politiker, der damals dem Bundesrat angehörte, zu zitieren: „An Polen können wir Euch ja nicht abtreten!“

Wer jetzt sagt, vieles hätte man anders machen sollen, weiß wenig von den Befindlichkeiten der Menschen im Jahre 1990. Mein Eindruck ist: Manche bemängeln das nur deshalb, weil sie nicht die Kraft aufbringen, heute in ganz Deutschland überflüssige Gesetze abzuschaffen!

Ohne Zweifel war es richtig, die sozialistische Planwirtschaft durch die Soziale Marktwirtschaft zu ersetzen. Es gibt keine ernsthafte Alternative! Nur müssen wir zur Kenntnis nehmen, dass es etwas völlig anderes ist, nach dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft ein in Trümmern liegendes Land neu aufzubauen, als eine sozialistische Planwirtschaft nach diesem Konzept umzubauen. Das muss man den Menschen erklären.

1989 produzierten in Eisenach 10.000 Arbeiter den „Wartburg“. Gott sei Dank hat sich General Motors unmittelbar nach der Wende dort angesiedelt und 2.000 Stellen neu geschaffen. 8.000 Menschen wurden arbeitslos. Heute produzieren die 2.000 Opelmitarbeiter rund viermal so viele Fahrzeuge wie damals die 10.000 Wartburgmitarbeiter. Aber wer hätte das Produkt des VEB Automobilwerk Eisenach, den Wartburg, nach 1990 noch gekauft?

Ein anderes Beispiel, das die Probleme deutlich macht: In der Landwirtschaft der DDR

arbeiteten 12,5 Prozent aller Beschäftigten. Unter den Bedingungen der modernen Landwirtschaft der EU waren es 2002 in der Bundesrepublik nur 1,5 Prozent. Man kann sich leicht vorstellen, und man muss sich auch vorstellen, was der Umstrukturierungsprozess für viele der betroffenen Menschen bedeutet hat. Dem ist mit Umschulungen, ABM und SAM allein kaum beizukommen.

Der Umbau der Wirtschaft verlief nicht ohne Schmerzen, und er hat Narben hinterlassen. Nicht alle hatten die Chance neu anzufangen. Es gibt nicht wenige Familien, in denen Resignation herrscht und die es nicht vermögen, der jungen Generation Orientierung zu bieten. Aber viele haben sich trotz aller Schwierigkeiten das Bewusstsein für den Wert der Freiheit und für die Chance, sich eigene Ziele frei setzen zu können, bewahrt.

Selbstverständlich hat es Konsequenzen für die Zustimmung zu unserer demokratischen Ordnung, ob die freiheitliche Wirtschaftsordnung – wie in der Bundesrepublik nach 1945 – für jeden sichtbar zu jährlich wachsendem Wohlstand und zur Vollbeschäftigung führt oder ob – wie in den jungen Ländern – kein vergleichbarer Siegeszug stattfindet. Es gibt schon Gründe dafür, dass viele die PDS als anziehend empfinden.

Was den jungen Ländern fehlt, sind Arbeitsplätze. Das darf nicht so bleiben, und es darf vor allem nicht noch schlimmer werden. Der Schwache ist von ökonomischen Krisen mehr betroffen als der Starke. Die gegenwärtige wirtschaftliche Stagnation der Bundesrepublik trifft die jungen Länder ungleich härter und hindert sie daran aufzuholen, die Schere endlich zu schließen.

Nur mit einer zielstrebigem Wachstumspolitik für ganz Deutschland kommt auch der Aufbau Ost wieder voran. „Gemeinsam oder gar nicht“ (Rüdiger Pohl, Institut für Wirtschaftsforschung Halle).

Die Menschen brauchen Perspektiven. Gibt es sie, bleiben die Menschen, gibt es sie nicht, verlassen sie ihre Heimat. Abwanderung ist zwar nur ein Teil des Problems – der Bevölkerungsrückgang zum Beispiel in

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

Thüringen geht zu drei Vierteln auf die Geburtenentwicklung zurück. Aber man kann selbstverständlich auf Dauer nicht akzeptieren, dass täglich etwa 40 bis 50 Menschen, vor allem junge Frauen, Thüringen verlassen, um anderswo – meist hier in Baden-Württemberg oder in Bayern – einen Arbeitsplatz zu finden.

„Der demographische Wandel trifft Ostdeutschland mit härterer Wucht als den Westen,“ hat der Chefökonom der Deutschen Bank zu Recht gesagt. Das Erwerbspersonenpotential werde sich in den kommenden 50 Jahren halbieren – unter anderem wegen der anhaltenden Abwanderung in den Westen. Und der „Tagesspiegel“ macht daraus die Überschrift: „Ostdeutsche werden ärmer“.

Zukunftsprognosen zur Demographie sind notwendig, aber man muss zwischen sicheren Prognosen für heute und morgen und ihrer problematischen Fortschreibung über mehrere Jahrzehnte unterscheiden. Vorhersagen mit einer Perspektive von über 50 Jahren haben in der Vergangenheit nicht gestimmt, und – ich bin fest überzeugt – sie werden auch künftig nicht stimmen. Erfreulicherweise erlaubt sich die Wirklichkeit, sich anders zu verhalten, als es statistisch vorausberechnet wird. Schon deswegen, weil sich demographische Trends – zumindest langfristig – umkehren oder abschwächen lassen, beispielsweise durch eine gute Familienpolitik. Oder auch weil sich die Zu- und Abwanderung beeinflussen lassen. Hoffnungslos ist die Lage trotz aller düsteren Szenarien nicht! Den rund zwei Millionen Fortzügen aus dem Osten von 1991 bis 2003 stehen immerhin etwa 1,2 Zuzüge gegenüber (Statistisches Bundesamt). Die erste Zahl wird oft gemeldet, die zweite Zahl fast nie. Genauso, wie man häufig lesen kann, wie viele Westdeutsche schon in Ostdeutschland gewesen sind – mit dem Kommentar, dass wir von der inneren Einheit noch weit entfernt seien. Aber eine Umfrage, wie viele Bayern schon in Schleswig-Holstein gewesen sind, wird sehr viel seltener gemacht.

1996 hat es schon einmal einen Gleichstand von Fort- und Zuzügen in den jungen Län-

dern gegeben. Seit 2003 sind die Fortzüge in den Westen rückläufig. In Thüringen stehen der Abwanderung inzwischen wieder wachsende Zuwanderungsquoten gegenüber. Gerade die Altersgruppe der 35- bis 40-Jährigen kehrt in zunehmendem Maße von West nach Ost zurück, weil sie dort Zukunftschancen für sich sieht – in hochproduktiven und innovativen Unternehmen. Keine Frage: Es gibt noch zu wenig von diesen Unternehmen! Man muss daran arbeiten, dass es mehr werden.

Die Wanderungsströme waren in den 90er Jahren relativ konstant. Aber: Sind die Gewinner von gestern auch die sicheren Gewinner von morgen, bleiben die Verlierer Verlierer? Manche tun so, als sei die Entwicklung der nächsten Jahrzehnte bereits ausgemachte Sache.

Meine Erfahrung ist eine andere: Nach dem 2. Weltkrieg setzten Wanderungsbewegungen nach Nordrhein-Westfalen ein, weil es dort Arbeit und höhere Einkommen gab: „Der Sepp hilft dem Kumpel“, hieß es damals. Nach Bayern und Baden-Württemberg zog es damals kaum jemanden. Die Richtung hat sich, wie wir alle wissen, inzwischen umgekehrt. Das heißt: Richtungen sind veränderbar.

Bayern hat es vom Agrarland zu einem technologischen Spitzenland der Bundesrepublik Deutschland gebracht. Und die Bayern haben, wenn ich richtig rechne, 30 Jahre Finanzausgleich von anderen Ländern bekommen. Heute beklagen sie, dass sie Finanzausgleich zahlen müssen.

Natürlich wird es auch in Zukunft Unterschiede geben. Der Bundespräsident hat mit seiner Aussage völlig Recht. Ich habe die Aufregung darüber nie verstanden. Jeder weiß, dass man in München, Freiburg oder Stuttgart anders lebt als in Ostfriesland, dass in Darmstadt andere Verhältnisse herrschen als in Recklinghausen. Erfurt ist nicht Görlitz und Dresden nicht Frankfurt an der Oder. Gleichwertig sollen die Lebensverhältnisse sein, aber doch nicht gleich.

Rund 6 Prozent Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg und Bayern und fast 20 Pro-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

zent Arbeitslosigkeit in Sachsen-Anhalt und Brandenburg sind jedoch alles andere als gleichwertig. Daraus resultiert der Anspruch der jungen Länder auf weitere Hilfe. Und wenn irgendwo in Westdeutschland die Verhältnisse ähnlich schlecht sind wie in Ostdeutschland, dann muss dort ebenso geholfen werden.

Werden die Mittel richtig eingesetzt? – Eine offene Antwort: Nicht alle und nicht überall. Das gilt übrigens –wenn Sie es nicht weiter sagen – auch in Westdeutschland. Subventionen bergen immer die Gefahr des Missbrauchs. Darum passen sie – wie man hier in Freiburg, am Ursprungsort der Sozialen Marktwirtschaft, am besten weiß – nicht zur reinen Lehre. Nur gibt es in der Realität Ausnahmesituationen, in denen Subventionen lebensnotwendig, sogar überlebensnotwendig sind. Weitere Hilfen sind notwendig, bis vergleichbare, gleichwertige, aber nicht gleiche Lebensbedingungen geschaffen sind. Bis die jungen Länder so deutsche Länder unter deutschen Ländern sind, wie es Bayern oder Baden-Württemberg und Rheinland-Pfalz oder Schleswig-Holstein ganz selbstverständlich sind.

Wie lange wird es noch dauern? Ich verstehe die Ungeduld. Das Ziel kann ich angeben, aber nicht den Zeitpunkt. Er hängt von vielen, durch die Ostdeutschen nicht zu beeinflussenden Rahmenbedingungen ab.

Im jüngsten Bericht der Bundesregierung zum Stand der Deutschen Einheit wird vorgeschlagen, man solle die Förderung jetzt auf Leuchttürme, heute sagt man Cluster, konzentrieren. Aber, wenn man die Fördermittel nicht erhöhen kann, dann bedeutet Cluster-Bildung, dass schwache Regionen weniger bekommen. Wie will man zum Beispiel im nordthüringischen Artern oder im ostthüringischen Altenburg, in Landstrichen mit einer Arbeitslosigkeit von rund 25 Prozent, erklären, warum alles nach Jena geht? – Neue Vorschläge sind gefragt, nur müssen sie sich an der Wirklichkeit orientieren!

40 Jahre DDR haben Spuren hinterlassen – ökonomische und ökologische und selbstverständlich auch mentale. Der DDR ist es zum Teil gelungen, die Gesellschaft zu „ent-

bürgerlichen“. Nicht nur, weil viele Träger einer bürgerlichen Gesellschaft in den Westen gingen. Entscheidend war, dass Margot Honecker, die langjährige DDR-Bildungsministerin, systematisch jede Tradierung jüdisch-christlich-abendländischer Kulturwerte aus dem Unterricht verbannt hat.

Eine völlige Auflösung bürgerlicher Institutionen hat dennoch nicht stattgefunden. Die Kirchen zum Beispiel haben, wenn auch unter Schwierigkeiten, fortbestanden. Ein wichtiger Grund, warum die friedliche Revolution erfolgreich sein konnte: Freie und geheime Wahlen fanden über Jahrzehnte nur noch in den evangelischen Kirchen statt. Die Montagsdemonstrationen begannen in den Gotteshäusern.

Aber: Die Stürme sind nicht spurlos an den Kirchen vorbeigegangen: In Thüringen bekennen sich noch 7 Prozent zur katholischen und 20 Prozent zur evangelischen Kirche. Wären an den westdeutschen Bäumen mehr Blätter hängen geblieben, wenn sie ein ähnlicher Sturm heimgesucht hätte?

Noch immer gehen 80 Prozent aller Jugendlichen zur Jugendweihe. Zur Konfirmation oder zur Erstkommunion können sie schlecht gehen. Aber ein Familienfest feiern wollen sie auch.

Für einen Geschäftsmann in einer südbadischen Kleinstadt wäre es von Schaden gewesen, wäre er sonntags nicht auf dem Weg zur Kirche gesehen worden! In Weimar, Hildburghausen oder Altenburg gehörte über 40 Jahre lang großer Mut dazu, sonntags in die Kirche zu gehen. Schlimme Konsequenzen waren zu befürchten: Ob der Sohn Abitur machen durfte oder ob die Tochter die Chance erhielt, ein bestimmtes Fach zu studieren.

Axel Noack, Bischof der Evangelischen Kirche der Kirchenprovinz Sachsen, hat kürzlich in einem Interview gesagt: „Wir stauen oft selber darüber, wie viel Vertrauen die Kirche hier nach wie vor bei den Menschen genießt.“ Eine Beobachtung, die ich teile, die mich aber nicht erstaunt: Das Bedürfnis nach Orientierung ist im Osten eher

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

noch größer als im Westen. Es gibt in den jungen Ländern viele Menschen, die den Kirchen fern stehen und dennoch erwarten, dass sich die Kirchen zu drängenden Problemen zu Wort melden.

Am 11. September 2001 und nach dem schrecklichen Verbrechen am Gutenberg-Gymnasium in Erfurt strömten die Menschen zu Tausendenden in die Kirchen. „Die Menschen kennen die Kirche sozusagen als Adresse, die ... aufgesucht wird, wenn man sie braucht,“ stellt Bischof Noack nüchtern fest. Die Kirchen im Osten haben ihre Chance – glaube ich – erkannt.

Übrigens, nach der Untat am Gutenberg-Gymnasium, wie auch später beim Hochwasser in Sachsen gab es nicht Ostdeutsche oder Westdeutsche: Man trauerte gemeinsam, man half gemeinsam.

Politisch haben die Deutschen 1989 ihre Chance genutzt. Zum ersten Mal hat ganz Deutschland seinen Platz im Kreis der freiheitlichen Demokratien gefunden: Nach den Landtagswahlen am 14. Oktober 1990 haben sich die Landtage in den jungen Ländern konstituiert. Am 2. Dezember fanden die ersten gesamtdeutschen Wahlen statt. Zuvor – am 9. November 1990, genau ein Jahr nach dem Fall der Berliner Mauer – wuchs der Bundesrat von elf auf sechzehn Länder.

Es ist fraglos Normalität eingekehrt. Beispielsweise sind inzwischen alle Landtage in den jungen Ländern zum vierten Mal gewählt worden. Die jungen Länder haben sich Verfassungen gegeben, die sich in einigen Punkten von den Verfassungen der alten Länder unterscheiden, weil sie – wie diese – aus der historischen Situation heraus geschaffen worden sind. Sie haben sich in einer schwierigen gesellschaftlichen Umbruchphase bewährt.

Aber, Sorge tragen um die Zukunft: Es bedrückt mich zunehmend, dass in einer der freiheitlichsten und stabilsten Demokratien der Welt Zweifel und Verunsicherung aufkommen. Im Datenreport 2004 des Statistischen Bundesamts ist zu lesen, dass nur 49 Prozent der Ostdeutschen die „Demokratie

in Deutschland für die beste Staatsform“ halten und nur 55 Prozent aller Deutschen mit der Demokratie derzeit eher zufrieden sind.

15 Jahre nach dem Herbst 1989 finden in Brandenburg und Sachsen Landtagswahlen statt, an denen weniger als 60 Prozent der Bevölkerung teilnimmt. Die PDS, die sich selbst als Nachfolgepartei der SED bezeichnet, verbucht Stimmengewinne, die DVU kehrt in den Brandenburger Landtag gestärkt zurück, und die NPD zieht in den Sächsischen Landtag ein – nur um wenige 10tel Prozentpunkte schwächer als die SPD. CDU und SPD erreichen zusammen bei beiden Landtagswahlen mit Mühe 50 Prozent.

Rechtsextreme Parteien sind in der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland 22 Mal in Landtage eingezogen und früher oder später immer wieder daraus verschwunden. Sie sind kein ostdeutsches Problem: 1989 beispielsweise zogen die Republikaner mit 7,1% ins Europaparlament ein, 1992 und 1996 wurden sie jeweils mit rund 10% in den Landtag von Baden-Württemberg gewählt. Auch diesmal ist sich die Wahlforschung einig: Die Erfolge der rechtsextremen Parteien sind Ausdruck von Protest, Angst und Verdrossenheit. Ihre häufig besonders jungen, meist männlichen Wähler fühlen sich benachteiligt.

Ich glaube nicht, dass es ein dauerhaftes rechtsextremes Wählerpotential in Deutschland gibt. Aber es bleibt besorgniserregend, dass diese Parteien gewählt werden, weil die Menschen das Vertrauen in die politischen und demokratischen Institutionen, vor allem das Vertrauen in die handelnden Politiker und ihre Fähigkeit, Probleme zu lösen, verlieren.

Deutschland kann mehr, als wir zur Zeit leisten. Wir streiten zuviel über Zweitrangiges, statt uns um die wesentlichen Dinge zu kümmern. An der Frage des Dosenpfands, das sage ich auch hier im grün-regierten Freiburg, an der Maut, an der Frage, ob Harald Schmidt zur ARD geht, oder, ob man bestimmte Worte mit zwei oder drei „f“ schreibt, wird sich unsere Zukunft nicht entscheiden.

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

Bundespräsident Köhler hat in seiner Rede zum Tag der Deutschen Einheit in Erfurt die wesentlichen Aufgaben benannt: „Mehr Arbeit, ein Bildungswesen von Weltrang, das richtige Maß staatlichen Handelns und eine moderne föderale Ordnung.“

Wir brauchen Reformen, Reformen im eigentlichen Sinne des Wortes: Etwas, was außer Form geraten ist, muss wieder in Form gebracht werden. Erforderlich ist eine Politik, die die zugewachsenen Fundamente unseres Staatsverständnisses freilegt. Nicht unser Grundgesetz oder das Konzept der Sozialen Marktwirtschaft sind die Ursachen für Fehlentwicklungen, sondern eine Politik, die deren Inhalte verändert hat.

Freiheit, Eigenverantwortung, Solidarität und Subsidiarität müssen wieder stärker im Mittelpunkt stehen. Und es muss deutlich werden, dass dabei niemand an den Rand gedrängt wird.

Es gibt genügend Anlass, auf das Verantwortungsbewusstsein der Bürgerinnen und Bürger zu bauen. Dass Selbstvertrauen, Gestaltungswille und der Mut aus den gewohnten Lebensumständen herauszutreten, um für sich selbst und für die nachwachsende Generation eine bessere Zukunft zu bestimmen, Mauern einreißen und menschenunwürdige Bedingungen beenden kann, muss man mit Blick auf den Herbst 1989 kaum lange predigen. Die friedliche Revolution, die Runden Tische und in den unzähligen von Bürgern getragenen Initiativen in der Wendezeit, das Engagement für den Aufbau der Länder und die letzten 15 Jahre insgesamt haben mehr als deutlich gezeigt, dass die Leistungsbereitschaft, dass die Fähigkeit zur Flexibilität, dass die Fähigkeit, Verantwortung zu übernehmen und die Bereitschaft Opfer zu bringen, vorhanden sind.

Der Osten hat ein Vorbild gegeben. Das ist die eigentliche Erfahrung eines Westdeutschen in Ostdeutschland. So viel Anfang war nie! So viel Opferbereitschaft, so viel Bereitschaft zu Neuanfang und Veränderung, so viel Spontaneität und Vitalität waren nie. Die Veränderungsbereitschaft der Menschen im Osten muss auf den Westen überspringen. Die Verzagtheit, Mutlosigkeit, gele-

gentlich auch die Trägheit und Skepsis des Westens darf sich nicht wie Mehltau auf ganz Deutschland legen.

Der Osten musste vom Westen lernen, und er hat – oft unter Schmerzen – viel gelernt. Aber der Westen hat zu spät begriffen, dass auch er vom Osten lernen kann. Im Osten musste sich vieles ändern, aber im Westen darf nicht alles so bleiben, wie es war. Ganz Deutschland braucht Erneuerung.

Der Kommunismus ist gescheitert. Der Jubel war berechtigt. Aber auf Begeisterung folgt Ernüchterung: „Wir haben vom Paradies geträumt, und wir sind in Nordrhein-Westfalen aufgewacht“ (Joachim Gauck). Die Strahlkraft von Freiheit und Pluralismus hat nachgelassen.

In Ost wie West und nicht in Deutschland allein ist es schwieriger geworden, menschliche Energien zu bündeln und Gemeinsinn einzufordern.

„Ganz allgemein, so scheint es“, schrieb Václav Havel vor wenigen Wochen in der „Welt“, „erleben die westlichen Gesellschaften eine Art Krise ihres demokratischen Ethos und aktiven staatsbürgerlichen Engagements.“ – Was ist zu tun?

Wir müssen begreifen: Die Demokratie ist nicht so bequem wie die Diktatur, die Demokratie ist die schwierigste Regierungsform, die man sich vorstellen kann – äußert fragil, sehr zerbrechlich. Nur ist sie die beste Staatsform, weil sie die „menschlichste“ ist, weil sie sich zur Menschenwürde, zur Freiheit eines jeden Einzelnen, zur Rechtsstaatlichkeit bekennt. Es lohnt sich, für Demokratie und Freiheit einzustehen und sich für sie zu engagieren, es lohnt sich, konsequent gegen die vorzugehen, die Demokratie und Freiheit verachten.

Péter Esterházy, der ungarische Dichter, hat in der Frankfurter Paulskirche vor wenigen Wochen eine ebenso großartige wie provokante Friedenspreis-Rede gehalten. Sein Lob für uns Deutsche ist dabei fast unmerklich geblieben. Esterházy erkennt an, „wie viele Fragen sich die Deutschen bereits gestellt haben, und zwar beispielhaft.“ Im

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

gleichen Atemzug verweist er auf „die nicht gestellten Fragen.“ Sie sind nun zu beantworten.

Der Umgang mit der gemeinsamen deutschen Geschichte ist nicht leicht. Es bleibt in Westdeutschland schwierig zu vermitteln, dass es nach dem Nationalsozialismus, nach dem Holocaust, der historisch ohne Beispiel ist, der mit nichts verglichen und gegen nichts aufgerechnet werden kann, eine zweite Diktatur auf deutschem Boden gegeben hat. Eine Diktatur, die keine planmäßige Ausrottung von Millionen Menschen betrieben hat, aber eine Diktatur, die für Unfreiheit, Verfolgung und Terror, für entgangene Lebenschancen verantwortlich ist.

Für viele Westdeutsche war die DDR „eine Art virtueller Geltungsbereich des Grundgesetz“ (Angela Merkel). Ihre Realitäten, nicht einmal ihre Existenz ist von allen ausreichend zur Kenntnis genommen worden. Deutschland war die Bundesrepublik. Noch heute ruft das in den jungen Ländern begreiflicher Weise Verletzungen hervor. Wenn es eines Tages gelungen sein wird, in ganz Deutschland Wissen und Kenntnis über die DDR zu verankern, dann ist die innere Einheit endgültig gelungen.

Heute heißt das zunächst: einander zuhören, miteinander reden und weniger übereinander reden.

Zur freiheitlichen Demokratie gehört die plurale Gesellschaft, in der unterschiedliche Weltanschauungen, Interessen und Lebensstile ihren Platz haben. Gleichwohl muss es einen Wertekanon geben, über den Konsens herrscht. Ein Grund für die gegenwärtige, allgemeine Verdrossenheit liegt auch darin, dass die freiheitliche Gesellschaft an Orientierung verloren hat.

Mit dieser Behauptung stehe ich nicht allein: Für Václav Havel ist der 15. Jahrestag der „Samtenen Revolution“ in Tschechien eine „Gelegenheit, die Bedeutung moralischen Verhaltens und freien Handelns zu überdenken.“

Antidemokratische Verdrossenheit und heilsversprechende Ideologien drohen,

wenn unsere Gesellschaft keine Orientierungspunkte setzt. Deswegen müssen wir über das richtige Verständnis von Toleranz sprechen. Sie bedeutet nicht das „Geltenlassen von schlichtweg allem“ (Arnold Gehlen). Goethe sagt es im Faust: „Und was in schwankender Erscheinung steht, befestigt mit dauernden Gedanken.“

Politik ist die Kunst des Möglichen. Die Suche nach dem schmalen Grat der Machbarkeit bleibt das Metier des Politikers. Nur reicht kein Pragmatismus des Augenblicks: Was gestern wahr gewesen ist, muss auch heute gelten. Sonst schafft Politik kein Vertrauen.

Wertgebundene Politik verschließt sich nicht gegenüber der Realität, aber sie weist über den Tag hinaus. Sie ist daher eine Grundlage dafür, dass man tragfähige Zukunftsperspektiven entwickeln und glaubwürdig vermitteln kann. Es fehlt die Kraft zu Visionen, weil es an Orientierung fehlt.

Ich kann jungen Menschen nicht verdenken, dass sie es langweilig finden, wenn wir ihnen sagen: Seid dankbar! Unsere Visionen von vor 50 Jahren – ein wiederaufgebautes und in Freiheit wiedervereintes Deutschland, ein vereintes Europa – haben sich erfüllt. Die heutige Generation, die die Mitte des 21. Jahrhunderts erleben wird, muss ihre Vision formulieren. Wie vollenden wir die innere Einheit Deutschlands? Wie machen wir Europa wetterfest? Wie definieren wir Europa und seine Grenzen? Welche Entfaltungsmöglichkeiten soll Europa haben? Was können wir tun, damit eine globalisierte Welt eine humane Welt wird – ohne Hunger und mit Frieden?

„Nie geraten die Deutschen so außer sich, wie wenn sie zu sich kommen wollen,“ sagt Kurt Tucholsky. Aber genau das haben wir ja zu tun. Wir müssen zu uns selbst kommen. Leicht ist das nicht. Unterstützung ist gefragt, und sie gibt es ja auch.

Die Freiburger Politische Wissenschaft hat Pionierarbeit geleistet. Sie hat bedeutenden Anteil daran, dass wir in Westdeutschland ein demokratisches Gemeinwesen aufgebaut haben. Ihr Selbstverständnis, das „an-

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.

FREIBURG

PROF. DR. BERNHARD VOGEL
VORSITZENDER DER KONRAD-
ADENAUER-STIFTUNG
MINISTERPRÄSIDENT A.D.

29. NOVEMBER 2004

totalitäre Einüben einer demokratischen Gesinnung und demokratischer Verhaltensnormen“ (Hans-Peter Schwarz) wissenschaftlich zu begleiten, Wissenschaft für die freiheitliche Demokratie zu betreiben, ist alles andere als überholt. Ihr wert- und orientierungswissenschaftlicher Ansatz kann helfen, damit wir erkennen, was wirklich wichtig ist und wohin wir uns richten müssen.

Friedrich Nietzsche hat gesagt „Die Deutschen sind zu großen Dingen fähig, aber es ist unwahrscheinlich, dass sie sie tun.“ Wie Sie wissen, hat Nietzsche lange Zeit Recht behalten. Aber dann haben die Deutschen Nietzsche widerlegt. Sie haben Dinge getan, die außerhalb Deutschlands im Nachhinein als Wunder bezeichnet werden – den Aufstieg der Bundesrepublik nach dem Krieg, die friedliche Revolution, die Überwindung der deutschen Teilung.

Wir sollten in den kommenden Jahren Nietzsche ein zweites Mal widerlegen!